Erscheint täglich
früh 6½ Uhr.

Redaction und Expedition
Johannesgasse 33.
Sprechstunden der Redaction:
Vormittags 10—12 Uhr.
Nachmittags 5—6 Uhr.
Für die Rückgabe eingesendeter Manuscripte macht sich die Redaction nicht verbindlich.

Annahme der für die nächstfolgende Nummer bestimmten Inserate an Wochentagen bis 3 Uhr Nachmittags, an Sonn- und Festtagen früh bis ½9 Uhr.

In den Filialen für Inf.-Annahme:
Otto Klemm, Universitätsstraße 21,
Louis Lösche, Katharinenstraße 18, p.
nur bis ½3 Uhr.

Leipziger Tageblatt und Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Mess-Auflage 17,850.
Abonnementspreis viertelj. 4½ Mk.
incl. Bringerlohn 5 Mk.,
durch die Post bezogen 6 Mk.
Jede einzelne Nummer 20 Pf.
Belegexemplar 10 Pf.
Gebühren für Extrabeilagen
ohne Postbeförderung 60 Mk.
mit Postbeförderung 48 Mk.

Inserate 6gespaltene Petitzeile 20 Pf.
Größere Schriften laut unserem Preisverzeichniß.
Tabellarischer Satz nach höherem Tarif.

Reclamen unter dem Redactionsstrich
die Spaltzeile 50 Pf.
Inserate sind stets an die Expedition zu senden. — Rabatt wird nicht gegeben.
Zahlung praenumerando oder durch Postnachnahme.

№ 92. Montag den 2. April 1883. 77. Jahrgang.

Amtlicher Theil.

Bekanntmachung.

Unter ergangener Verordnung zufolge wird zu Ausführung der von der trigonometrischen und topographischen Abtheilung der Landesaufnahme im Königreiche Preußen projectirten Vermessungen, welche innerhalb des sächsischen Staatsgebietes im Besonderen auch in Beobachtungen auf der Station Leipzig bestehen werden, von dem mit der Leitung dieser Arbeiten beauftragten königlich preußischen Oberstlieutenant à la suite des Generalstabes der Armee, Herrn Schreiber, und von den demselben unterstehenden Dirigenten, Officieren, Trigonometern und Hilfstrigonometern das Gebiet des Königreichs Sachsen betreten und auf demselben die bezüglichen Arbeiten, welche Mitte des Monats April ihren Anfang nehmen sollen, vorgenommen werden.

Der unterzeichnete Rath der Stadt Leipzig bringt dies mit dem Ersuchen zur öffentlichen Kenntniß, die seitens gedachter Personen beansprucht werdenden Hilfeleistungen, für welche Vergütung erfolgt, bereitwillig zu gewähren und überhaupt die Ausführung beregter Arbeiten thunlichst fördern zu helfen.

Es wird hierbei noch bemerkt, daß die betreffenden Personen durch offene Ordre legitimirt sein werden.

Leipzig, den 27. März 1883.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Tröndlin. Dr. Wangemann.

Wohnungs-Vermiethung.

In dem der Stadtgemeinde gehörigen Hausgrundstück **Zeller's Hof,** Grimmaische Straße Nr. 36, / Reichsstraße Nr. 55, ist eine aus Vorsaal, 5 Stuben, 2 Alkoven, 3 Kammern, Küche, 2 Bodenkammern und 1 Kellerabtheilung bestehende, mit **Wasserleitung** versehene **Wohnung** in der **3. Etage,** Tr. A. nach der Grimmaischen Straße heraus, **vom 1. October d. J. an gegen halbjährliche Kündigung** anderweit **zu vermiethen.**

Wegen Besichtigung der Wohnung wolle man sich an den Hausmeister im Grundstück wenden, von welchem auch das Nähere über die Vermiethungsbedingungen zu erfahren ist.

Leipzig, den 30. März 1883.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Georgi. Gerstti.

Bekanntmachung.

Nachdem der beim unterzeichneten Polizeiamte angestellte Herr Referendar Dr. jur. **Carl August Albert Nienholdt** die zweite juristische Staatsprüfung kürzlich bestanden, ist demselben von heute an die bisher unbesetzt gewesene Stelle eines

Polizeiassessors

übertragen worden, was hierdurch zur öffentlichen Kenntniß gebracht wird.

Leipzig, den 1. April 1883.

Das Polizeiamt daselbst.
Breischneider.

Wir bringen hierdurch die Vorschriften:

daß jeder ankommende Fremde, welcher hier übernachtet, am Tage seiner Ankunft, und wenn diese erst in den Abendstunden erfolgt, am anderen Tage Vormittags von seinem Wirthe bei unserem Meldeamte (Abtheilung für Fremdenverkehr) anzumelden ist, diejenigen Fremden aber, welche länger als drei Tage hier sich aufhalten, Anmeldeschein zu lösen haben,

zur genauen Nachachtung in Erinnerung.

Vernachlässigungen derselben würden mit einer Geldbuße bis zu 15 ℳ oder verhältnißmäßiger Haftstrafe geahndet werden.

Hierzu bemerken wir, daß die **Geschäftsstunden** des Meldeamtes, Abtheilung für Fremden-Verkehr, **während der Messen**

I. in den Vorwochen der beiden Hauptmessen und zwar in den Tagen von Montag bis Sonnabend die Zeit von 7 bis 12 Uhr Vormittags und 2 bis 7 Uhr Nachmittags;

II. an den Sonntagen der beiden Hauptmessen und am Hohen Neujahr die Zeit von 9 bis 12 Uhr Vormittags

umfassen.

Leipzig, am 31. März 1883.

Das Polizei-Amt der Stadt Leipzig.
Breischneider. Dazgner, S.

Wir bringen hiermit zur Kenntniß, daß

die fünfte Bezirkswache,
(bisher Ulrichsgasse 65)

von heute ab in das Grundstück

Nürnberger-Straße 48

verlegt worden ist.

Leipzig, am 1. April 1883.

Das Polizei-Amt der Stadt Leipzig.
Breischneider. Dazgner, S.

Bekanntmachung.

Der im hiesigen Georgenhause detinirt gewesene, am 7. April 1845 zu Roßleben geborene Strohhutpresser **Christoph Hermann Mauf** ist am 19. dis. Mts. von dem ihm verstatteten Ausgange nicht zurückgekehrt und treibt sich vermuthlich arbeitslos und betteln umher.

Wir bitten, den bp. Mauf im Betretungsfalle zu verhaften und uns schleunigst Mittheilung zu machen.

Leipzig, am 29. März 1883.

Das Polizei-Amt der Stadt Leipzig.
Breischneider. Reibe, Faldig.

Erste städtische Fortbildungsschule für Knaben.

Die **Anmeldung** neu eintretender Schüler hat im Laufe dieser Woche, von Montag den 2. bis Freitag den 6. April, zu erfolgen, und zwar sollen Vormittags von 10—1 Uhr die aus hiesigen Schulen Abgegangenen, Nachmittags von 4—6 Uhr die von auswärts Kommenden sich anmelden (III. Bürgerschule an der Johanniskirche, 1. Etage).

Leipzig, am 31. März 1883.

Director F. W. Plischmann.

Waarenbörse zur Leipziger Ostermesse.

Mit der bevorstehenden Ostermesse soll wiederum eine Waarenbörse verbunden werden, und zwar wird dieselbe, da die bisherigen Erfahrungen die Stunde von 4 bis 5 Uhr Nachmittags als die geeignetste erscheinen lassen,

den 2., 3. und 4. April d. J.
Nachmittags von 4 bis 5 Uhr

in den Räumen der **Börsenhalle,** Brühl 17, welche zu diesem Besuche jedesmal von 3 Uhr an den geehrten Meßbesuchern gegen Einzeichnung ihres Namens unentgeltlich geöffnet sein wird, unter Theilnahme von Mitgliedern der unterzeichneten Handelskammer, welche hierdurch zum Besuche ergebenst einlädt, abgehalten werden.

Die neuesten Zeitungen, Telegramme u. s. w. liegen daselbst aus. Auch wird Gelegenheit geboten sein, geschäftliche Empfehlungen durch Anheften von Karten an eine Tafel zur Kenntniß der übrigen Besucher zu bringen.

Leipzig, den 27. Februar 1883.

Die Handelskammer.
Dr. Wachsmuth, Vorsitzender. Dr Geuel, S.

Export nach der Türkei.

Der unterzeichnete kaiserlich ottomanische Generalconsul bringt den P. P. exportirenden Firmen zur Kenntniß, daß künftig die Facturen außer mit der Ursprungsbescheinigung der betreffenden Ortsbehörden auch mit der Legalisirung durch das kaiserl. ottoman. Generalconsulat versehen sein müssen.

Leipzig, am 31. März 1883.

Emel Nawak, Generalconsul.

Nichtamtlicher Theil.

Leipzig, 2. April 1883.

* Das große Aufsehen, welches das Gerücht einer bevorstehenden Auflösung des Reichstags in dieser Woche gemacht hat, ist immerhin bezeichnend für unsere dermalige Lage. Die bloße Verlegenheitserfindung eines stoffarmen Correspondenten hätte nimmermehr eine solche Beachtung finden können. Es ist eben wieder einmal die Empfindung zum Durchbruch gekommen, daß die Zusammensetzung der im Herbst 1881 gewählten Reichsvertretung nach keiner Seite befriedigt. Indeß, diese Thatsache hat von Anfang an bestanden, ohne daß ein Mittel zu ihrer Beseitigung zu erblicken gewesen wäre, und wir verstehen nicht, inwiefern diese Situation sich heute geändert haben könnte. Eine wesentliche Umwandelung der inneren Constellation hat die letzte Zeit sicherlich gebracht: das conservativ-clericale Bündniß als Grundlage einer fruchtbringenden parlamentarischen Action hat sich als ein Unding erwiesen. Aber würde deshalb die Regierung von einer Neuwahl des Reichstags eine für sie günstigere Majorität erwarten können? An die Möglichkeit einer nennenswerthen Schwächung des Centrums kann kein Besonnener denken. Eher könnte man sich, nach dem Ausfall der letzten preußischen Landtagswahlen, der Hoffnung auf eine Stärkung der Conservativen hingeben. Aber hier wäre doch — ganz abgesehen von der Verschiedenheit des Wahlrechts — der Unterschied zwischen Preußen und dem gesammten Reiche in Anschlag zu bringen. Auch würde sich fragen, ob die Proben wirklicher Leistungsfähigkeit, welche die Conservativen im Landtage gegeben, für die Reichsregierung viel Bestrickendes haben könnten. Außerdem aber muß man für eine Auflösung nicht nur einen Grund haben — ein solcher ließe sich ja finden — sondern dieser Grund muß auch geeignet sein, eine durchgreifende Aenderung in der bisherigen Stellung der Wählerschaft herbeizuführen. Es ist bereits zur Genüge erörtert worden, daß unter den im Reichstage schwebenden Fragen keine einzige ist, von welcher eine derartige Wirkung mit einiger Sicherheit erwartet werden könnte. Die Auflösungsmaßregel würde also nur Sinn haben, wenn sie sich auf etwas vollständig Neues stützte. Ein Programmwechsel der Regierung allein würde sie rechtfertigen können. Wer einen solchen als nahe bevorstehend annehmen will, mag auch von der Nothwendigkeit einer Auflösung des Reichstags reden. Wir für unsern Theil haben wenig Lust, den Boden einer derartigen Conjecturalpolitik zu betreten. Uns dünkt es zweckmäßiger, man hält sich an die große praktische Aufgabe, welche dem Reichstage für den Rest der Session gestellt ist — die Erledigung des Arbeiterkrankenversicherungsgesetzes. Keiner von allen Betheiligten würde es verantworten können, wenn diese Aufgabe auch jetzt noch ungelöst bliebe. Um dies Ziel zu erreichen, wird aber die volle Arbeitskraft und Arbeitsfreudigkeit des Reichstags erfordert. Es braucht nicht erst gesagt zu werden, daß alle Auflösungs- und Conflictsgerüchte in dieser Richtung nur lähmend, sicherlich nicht fördernd wirken können. Darum sollten Alle, welche nicht die Geschäfte des Pessimismus betreiben wollen, sie einfach bei Seite lassen, so lange nicht bessere Anhaltspuncte, als bisher, dafür erkennbar sind.

* Das geringe Maß von Rücksicht, welches die preußische Regierung in diesem Jahre bei ihren Dispositionen bezüglich der Landtagsarbeiten auf den Reichstag genommen, hat seine Rückwirkung auf andere Bundesregierungen nicht verfehlt. So werden namentlich auch in Württemberg und Bayern in den nächsten Wochen gleichzeitig mit den Reichstagssitzungen die Landtage versammelt sein. In beiden Landtagen sitzen eine ganze Reihe von Mitgliedern, die zugleich dem Reichstag angehören, und es liegt auf der Hand, wie sehr die Arbeiten aller dabei betheiligten Körperschaften unter diesem Zustand leiden müssen. Die Erfahrungen dieses Jahres müssen eine Lehre sein, fernerhin nicht mehr mit so wenig umsichtigen und zweckmäßigen Dispositionen in die parlamentarische Jahreszeit einzutreten.

* Die „Kreuzzeitung" macht der nationalliberalen Partei den Vorwurf, sie suche auf alle Weise die Arbeiten des preußischen Landtags fruchtlos verlaufen zu lassen und namentlich das Zustandekommen der Verwaltungsgesetze zu verhindern. Der Vorwurf ist in Anbetracht der kleinen nationalliberalen und überhaupt der liberalen Minderheit im Abgeordnetenhause gegenüber der geschäftsführenden conservativ-clericalen Mehrheit recht seltsam. Wenn das dermalige Abgeordnetenhaus mit seiner überstarken conservativen Partei gesetzgeberisch nicht fruchtbarer sein wird als es bis jetzt den Anschein hat, so wird das wohl andere Gründe haben als den Widerstand auf liberaler Seite. Daß man an den Verwaltungs-Revisions-Experimenten des Herrn von Puttkamer keine Freude hat, ist freilich richtig, aber wer hindert die Conservativen mit ihren Freunden im Centrum die Gesetze zu Stande zu bringen, wann und wie sie wollen? Vorläufig hat dem Zustandekommen der Verwaltungsgesetze die Regierung selbst das größte Hinderniß bereitet durch die formelle Vertagung und die dadurch bedingte Verzögerung des Abschlusses des Commissionsberichtes.

* Wie die Entscheidung des Reichstags über die Holzzölle ausfallen wird, ist noch recht unsicher. Wenn die conservativen Fractionen und das Centrum mit seinen Anhängsln geschlossen für, die liberalen Parteien mit einigen kleineren Gruppen gegen die Vorlage eintreten, so würden zwei ungefähr gleich starke Hälften entstehen und die Entscheidung würde von wenigen einzelnen Stimmen abhängen. Es ist aber noch keineswegs ausgemacht, daß das Centrum geschlossen für diese Zölle eintritt; es heißt vielmehr, ein kleiner Theil der Fraction sei nicht geneigt, für die Vorlage zu stimmen. Bestätigt sich das, so wäre die Ablehnung mit Sicherheit zu erwarten.

* Ein mit den vaticanischen Kreisen in Fühlung stehender Correspondent schreibt der „Polit. Correspondenz" aus Rom, 28. März:

Die Note, mit welcher die preußische Regierung diejenige des Cardinals Jacobini beantwortete, hat, was auch immer Journale, die das Zustandekommen einer Verständigung zwischen der Curie und Preußen ungern sehen würden, sagen mögen, die Situation in keinerlei Weise geändert. Es läßt sich versichern, daß die in einer durchaus verbindlichen Sprache gehaltene Antwortnote den deutlichen Beweis liefert, daß die preußische Regierung das Ziel weiter verfolgt, durch die Unterhandlungen einen modus vivendi herbeizuführen, der beide Parteien zu befriedigen geeignet wäre. Gewiß ist so viel, daß die Verständigung bereits erzielt worden wäre, wenn Jene, die zu Gunsten der preußischen Regierung unterhandeln, mehr Friedensbedürfniß an den Tag legen und es sich zur Aufgabe stellen würden, wenigstens einen Theil der Hindernisse zu beseitigen. In Wirklichkeit scheint dem jedoch nicht so zu sein, wenn man anders gewissen, im Geruche der Officiösität oder Halb-Officiösität stehenden Artikeln Werth beilegen darf, die alles Andere eher beabsichtigen, als in den Gemüthern den Frieden und das Vertrauen wieder zu beleben. Es soll bei dieser Gelegenheit bemerkt werden, daß die gewissen Phrasen, Redewendungen und Zumuthungen dieser Blätter, welche Se. Heiligkeit direct betreffen, an der höchsten vaticanischen Stelle selbst den unangenehmsten Eindruck hervorrufen. Es ist dann auch in der That schwer zu rechtfertigen und zu begreifen, warum jedesmal, so oft gesagt wird, der Papst thue dies oder äußere jenes, sofort auch eine Person oder eine Gruppe bezeichnet wird, auf deren Inspiration diese Aeußerung und jene Handlung zurückzuführen sei. Wenn man damit die Nachgiebigkeit des Papstes auf der einen Seite und seinen hartnäckigen Widerstand auf der anderen in das Licht grellen Contrastes zu rücken beabsichtigt und dem Papste mit derlei Gegenüberstellungen etwas Schmeichelhaftes gesagt zu haben glaubt, giebt man sich einer arges Täuschung hin. Lassen doch solche Insinuationen den heiligen Vater als ein bloßes Werkzeug der angeblich im Vatican bestehenden Parteien erscheinen! Es wäre wünschenswerth, daß man Journale, die sich naher Beziehungen zu ihrer Regierung rühmen, besser im Zügel halte und ihnen zur Pflicht mache, dem Papste und der päpstlichen Regierung gegenüber eine etwas ehrerbietigere Sprache zu führen. Was die schwebende Frage selbst betrifft, so sei betont, daß die preußische Regierung dem Frieden einen sehr nützlichen Dienst erweisen würde, wenn sie in der Behandlung der hochwichtigen Kirchenangelegenheit alle persönlichen und nationalen (!) Gesichtspuncte bei Seite lassen und die Ueberzeugung annehmen würde, daß die Katholiken (wenigstens als solche) niemals gegen die Sicherheit des Staates arbeiten werden.

* Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" erhält die Frage der Reactivirung des Staatsrathes im Flusse. Sie meint, es dürfte nicht uninteressant sein, was im Staatswörterbuche von Bluntschli und Brater über den Staatsrath gesagt ist. Es heißt darin:

Es erscheint das Sachgemäßeste, wenn der Inhaber der Staatsgewalt ein ständiges Collegium einsetzt, das ihm in den öffentlichen Angelegenheiten berathend zur Seite steht, gebildet aus Männern, welche, mit der Geschichte, dann den rechtlichen und wirthschaftlichen Zuständen des betreffenden Staates genau bekannt, klaren staatsmännischen Blick mit derjenigen Festigkeit des Charakters vereinigen, die sie als fähig erscheinen läßt, ihren Rath nur nach objectiven Gründen ohne Rücksicht auf Vortheil oder Nachtheil, der ihnen daraus erwachsen kann, dem Souverain zu ertheilen. . . . Weder die verantwortlichen Minister, noch die Landesvertretungen vermögen dasselbe zu ersetzen oder überflüssig zu machen. Denn die Ersteren sind die höchsten Vollzugsorgane des Souverains, berufen, das sanctionirte Gesetz oder die sonstigen Beschlüsse des Souverains im Sinne und Geiste ihres Ueberhers im Leben durchzuführen. Sie können auf Grund der Wahrnehmungen, welche sie hierbei machen, die Anregung zu Gesetzen und zu allgemeinen Verwaltungsmaßregeln geben; allein der Souverain hat von seinem Standpuncte aus zu erwägen, ob er der Anregung Folge geben könne und wolle. . . . Dem Souverain steht auch den Ministern gegenüber das Recht der selbstständigen Initiative zu, und für die Berathung seiner Vorschläge bedarf er eines Organs. Wer unbefangen urtheilt, wird den Staatsrath im constitutionellen Staate nicht nur nicht missen wollen, sondern er wird gelten machen, daß es gerade in der constitutionellen Monarchie von höchster Wichtigkeit sei, Collision und Zwiespalt zwischen dem Throne und der Volksvertretung soviel wie möglich zu vermeiden und, wo der Kampf etwa unvermeidlich ist, nur nach reiflicher allseitiger Ueberlegung in denselben einzutreten. Unter den hierzu dienlichen Mitteln nimmt der Staatsrath eine der ersten Stellen ein.

* Im Allgemeinen sind die in Frankreich veranstalteten Sammlungen für die Ueberschwemmten im Elsaß, wenn ihnen auch gewiß mehr politische als Motive der Wohlthätigkeit zu Grunde lagen, ohne einen übermäßigen Erfolg von Statten gegangen. Die Agitation dafür ging meistentheils von Elsassern aus, die bekanntlich in Frankreich vor allen Dingen es darauf anlegen, Lärm zu machen, so daß viele Franzosen sich von ihrem Treiben abwandten. Das Mitglied des deutschen Reichstags, Herr Antoine, ist einer der rührigsten Lärmmacher, wie folgender hübsche aus Metz datirte Brief an die Zöglinge des Lyceums zu Douai zeigt:

„Meine lieben jungen Freunde!

Dankbaren Herzens nehme ich die Summe Geldes an, die Sie mir übersandt haben. Ihre Handlungsweise zeigt mir, daß Sie darauf bedacht sind, unsere Leiden zu lindern, daß Ihre Herzen nicht aufhören, für Ihre Brüder im Exil zu schlagen, und daß Sie sich der heiligen Pflicht bewußt sind, die der Patriotismus Ihnen auferlegt und die von Ihnen verlangt, an einem Tage, der bald kommen wird, Revanche auszuüben. Bewahren Sie diese Gesinnungen, geliebte Freunde, auf daß ich meinen unglücklichen Landsleuten die Versicherung geben kann, daß Sie ihrer nicht vergessen und daß auf Sie gerechnet werden darf, wenn es sich darum handeln wird, Frankreichs Einheit wieder herzustellen."

Die „N. A. Ztg." bemerkt dazu: „Herr Antoine scheint sich nicht ganz klar zu machen, daß er recht dankbar sein sollte, zu uns „Wilden" zu gehören, denn eigentlich sind wir doch „bessere Menschen". Setzen wir den Fall, daß ein Franzose sich in Berlin so benähme, wie Herr Antoine es in Paris gethan hat, oder daß er Briefe schriebe, wie der von uns reproducirte, so würde er doch zweifelsohne seitens seiner Landsleute in unfreundlicher, möglicherweise handgreiflicher Weise darüber belehrt werden, daß das französische Volk derartige Frechheiten sich nicht ungestraft bieten läßt."

* Wie aus Bukarest gemeldet wird, hat Herr Ghika der rumänischen Regierung einen Bericht erstattet, nach welchem England sich bereit erklärt habe, das Seine zur Beseitigung der Schwierigkeiten in der Donaufrage beizutragen, um Rumänien ohne eine Verletzung seiner Empfindlichkeit den nachträglichen Beitritt zu den Londoner Beschlüssen zu ermöglichen.

* Aus Rom wird gemeldet, daß der König von Rumänien seine Anwesenheit in Norditalien auch zu einem Besuche der Hauptstadt und des Hofes benutzen dürfte. Wenn indessen dieser eventuelle Besuch mit politischen Angelegenheiten oder gar mit der Donaufrage in Verbindung gebracht wird, so sind derlei Vermuthungen haltlos.

* Spanien, dessen Beziehungen zum deutschen Reiche durch den gegenwärtigen Charakter der beiderseitigen handelspolitischen Verhältnisse beeinflußt werden, welches mit Frankreich wegen der Entschädigungsforderungen des letzteren Landes aus dem Carlistenkriege in Differenzen steckt und mit England wegen der Affaire der verhafteten cubanischen Insurgentenführer Maceo und Genossen auf gespanntem Fuße lebt, empfindet das Bedürfniß, sich wenigstens nach einer Seite freiere Luft zu verschaffen. Es wählt die Seite, nach welcher es am wenigsten materielle Opfer bringen muß, und zeigt sich demgemäß zu einer Revision der Maceo-Angelegenheit geneigt. Diese würde wesentlich in einer Herstellung des status bestehen, wie er vor der mißverständlichen Auslieferung der politischen Flüchtlinge an Spanien seitens der englischen Behörden in Gibraltar obwaltete.

* Die noch kürzlich dementirten Gerüchte von dem Rücktritte Gladstone's tauchen in London von Neuem auf, und zunächst deshalb, weil thatsächlich Lord Hartington einen Theil der Geschäfte Gladstone's übernommen hat. Für den Fall, daß eine Cabinetsveränderung eintreten sollte, würde, wie weiter berichtet wird, Sir Charles Dilke das Staatssecretariat des Innern übernehmen.

Zur Ermordung Georg von Majlath's.

Die Nachforschungen nach den Mördern Majlath's werden von der Pester Polizei fortgesetzt, und sie will auch bereits einige der Mitschuld oder wenigstens der Beihülfe verdächtige Persönlichkeiten herausgefunden haben. Die Polizei glaubt noch immer — ob mit Recht, läßt sich noch nicht beurtheilen — in dem Leibhusaren Berecz einen der Thäter entdeckt zu haben. Berecz hatte u. A. angegeben, er habe, nachdem sein Herr sich zu Bett gelegt, das Zimmer verlassen, wie allnächtlich die Thür verschlossen und die Schlüssel an sich genommen, um des Morgens das Zimmer heizen zu können, ohne ihn aus dem Schlafe zu wecken. Stadthauptmann Kovics verwies Berecz auf die hierin enthaltenen Widersprüche, indem er sagte: „Siehe, die Balconthür ist von innen versperrt, der Mörder konnte also nicht von unten gekommen sein, sondern er flüchtete durch die Balconthür und ein Complice, der im Hause blieb, sperrte hinter ihm die Balconthür zu. Du hast auch den Schlüssel zum Schlafzimmer bei Dir gehabt. Du bist also unter allen Umständen ein Complice des Mörders. Gebe reumüthig in Dich und gestehe, was Du nicht leugnen kannst, daß Du einer der Mörder bist." Berecz fuhr, wie der „Pester Lloyd" berichtet, erblassend zusammen. Er wich einige Schritte zurück und blickte scheu auf seine Hände, als ob er schauen wollte, ob nicht Blut daran klebe. Sodann stammelte er erschrocken: „Ich bin nicht der Mörder, ich bin nicht der Mörder." Nichts desto weniger ließ Stadthauptmann Kovics ihn sofort arretiren und der Ober-Stadthauptmannschaft einliefern. Inzwischen brachte Kovics das wichtige Detail in Erfahrung, daß Berecz am 27. v. M., Abends zwischen 5½ und 6 Uhr in der Albrechtsstraße, gegenüber der rückwärtigen Front des Palais Majlath herbaupt mit einem Individuum gesehen wurde; Beide standen in ein Gespräch vertieft da, conversirten eine Zeit lang und blickten häufig auf die Fenster und den Balcon des Appartements des Judex Curiae. Plötzlich verschwand der Unbekannte und Berecz lief eilends in das Palais zurück. In dem Unbekannten hat die Polizei inzwischen einen czechischen Arbeiter ausfindiggemacht, der mit einem italienischen Arbeiter zusammen wohnte. Beide sind seit dem Morde verschwunden, nachdem sie in der betreffenden Nacht noch in ihrer Wohnung die Kleider gewechselt hatten. Die Polizei glaubt in den beiden die Mörder vermuthen zu müssen und zwar aus folgenden Gründen: Man fand nämlich in ihrer Wohnung einen Handschuh, welcher vollkommen zu dem anderen Handschuh paßt, den der Mörder angezogen, um sich die Hand nicht zu verletzen, als er nach der That an dem Seile herabrutschte. Da der Handschuh dabei aufplatzte, so streifte der Mörder ihn, unten angekommen, ab und warf ihn bei Seite. Aus der Thatsache, daß die Handschuhe die Nummer 7½ tragen, also zweifelsohne nicht auf eine Arbeiterhand passen, schließt die Polizei auf einen weiteren Complicen, in dem sie den intellectuellen Urheber suchen zu dürfen meint.

Anfänglich glaubte man an einen Racheact, nun aber scheint kein Zweifel darüber zu herrschen, daß Majlath einem Raubmorde zum Opfer gefallen. Es fehlen die goldene Uhr und die Kette, sowie das Portefeuille des Ermordeten, welches an 3000 fl. enthalten haben dürfte. Ferner war im Arbeitszimmer, also im dritten Gemache vom Schlafzimmer aus, die Schublade des Schreibtisches geöffnet, und es fehlten daraus die Schlüssel zur Werthheim'schen Casse, welche Majlath hier zu bewahren pflegte. Die Schlüssel zum Schubfache des Schreibtisches mußten die Mörder aus dem Schlafzimmer geholt haben, denn Majlath pflegte dieselben immer mit sich zu tragen. Auch der Ring vom Finger Majlath's ist geraubt.

Auffallend erscheint, daß, wie versichert wird, seitens der Pester Behörde bis zum 30. v. M. noch keine officielle Anzeige von dem Verbrechen, wie von der Zahl und Beschaffenheit der geraubten Gegenstände nach Wien gelangt ist. Es konnte ja doch der Gedanke nicht ausgeschlossen sein, daß einer der Thäter sich nach Wien geflüchtet hat; seit dem Zeitpuncte des Verbrechens sind sechs Züge von Pest nach Wien abgegangen. Die Wiener Sicherheitsbehörde hat das Verbrechen und dessen Details erst aus den Zeitungen erfahren.

* Pest, 31. März. Im Unterhause hielt der Präsident Pecht, im Oberhause der Vicepräsident Szoczeni eine Gedächtnißrede zu Ehren des ermordeten Präsidenten Majlath; beide Häuser beschlossen auf den Antrag ihrer Vorsitzenden, ihrer Trauer im Sitzungsprotokolle Ausdruck zu geben, dem Leichenbegängnisse in corpore beizuwohnen und zur Theilnahme an der in Zavar stattfindenden Beerdigung eine